

## XVI.

Aus der österr. deutschen Zeitung.

# Wien. Städtisches.

## Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Abend Sitzung vom 19. Juni.

Ein Mitglied protestirt gegen die Nationalgarde, die ihre Vertrauensmänner hier haben, sie müssen vollziehen und nicht protestiren gegen das, was im Ausschusse beschlossen werde. Dr. Bach legt Protest ein gegen die Arrestation auf jedes mißliebige Wort. Man verfare ärger als unsere Kriminalgesetze. Eine Deputation der Nationalgarde des Wimmer-Viertels spricht in ähnlichem Sinne wie die früheren. Warhanek entgegnet, man dürfe sich nicht von der bewaffneten Macht beherrschen lassen. Die Nationalgarde müsse ausdrücken so oft ihr befohlen werde. Hierüber entsteht ein wahrer Sturm, ein heilloser Lärm, in dem sich niemand Gehör zu verschaffen vermag. Endlich gelangt es Dr. Innhauser das Wort zu erhalten, der Protest dagegen einlegt, daß Deputirte mit Bajonetten erscheinen. Die Deputation der Nationalgarde legt Protest gegen Warhanek ein und will dessen Ausschluß von der Versammlung. Warhanek erklärt, er habe zwar in allzugroßer Boreiligkeit nicht das rechte Wort gewählt, aber er müsse stets dagegen protestiren unter Bajonetten berathen zu müssen. Dr. Schiel habe Samstag dem Oberkommandanten dasselbe gesagt: Der Ausschluß ist der Kopf, die Nationalgarde der Arm. Der Präsident erklärt der Deputation, es sei schädlich, sich durch Drohungen zu schwächen, solche Worte, wie die Drohung: Ferner nicht einzuschreiten, seien schon eine Schwächung der Garde und des Ausschusses, worauf sich die Deputation entfernte. Nun beginnt die Debatte wieder regelmäßiger zu werden. Goldschmid schlägt vor, daß die Arbeiter Morgen eine Schrift unterfertigen, daß sie sich den Bedingungen des Ausschusses unterziehen.

Leilkampj hält dieses für zeitraubend, er glaubt, daß bloß von den Ingenieuren die Bestimmung des Ausschusses und die Namen der Arbeiter verlesen werden, die welche an die Arbeit gehen, sollen bezeichnet, die Andern ausgeschieden werden. Reichmann glaubt es sei deshalb nöthig, weil darin eine gewisse Strafe für die Arbeiter liege. Ein anderes Ausschußmitglied ist deshalb dafür, weil man die nicht Unterschreibenden festnehmen müßte. Wogegen Andere behaupten, daß Alle unterschreiben und Alle rebelliren. Bloisand steht nicht ein, was die Arbeiter verschuldet, sie fordern die Regentage bezahlt; wir fordern direkte Wahlen. Wir begnügen uns, lassen uns beschwichtigen, sie ebenfalls. Einige hätten doch auch hier ihr Prinzip vertheidigt. Er protestirt gegen Alles was Nachmittags geschehen, mit Ausnahme des

Beschlusses, daß die Nationalgarde einrücke, es sein Beschluß ohne Abstimmung gefaßt worden. Er protestirt gegen die Zurückbehaltung der Fahne. Da nun noch Einige bewiesen, daß die Arbeiter bereits den Arbeitsschein unterschrieben und doch die Konvention gebrochen, wird der Antrag verworfen.

Der Oberkommandant Pannasch erscheint ganz freudetrunken vom Anblicke der imposanten Macht, die heute von der Nationalgarde entwickelt worden, und hofft, die Arbeiter werden nach einem solchen Anblicke nicht mehr Aufstörungen wagen. Wiener beantragt eine neue Organisation des Arbeiterkomitès, wo die Vaudirektion, das Arbeitsministerium und alle einschlagende Verwaltungszweige ihre Vertreter haben, und vereint wirken können; wird angenommen. Nach einigen Anklagen und Arrestationen wegen Aufwiegeleien erscheint die Prager Deputation. Die Sprecher derselben sind Dr. Sladkowski und Claudi, stellen die Ereignisse in Prag so dar, daß die Bewegung keine nationale, sondern eine demokratische war gegen Leo Thun und Windischgrätz gerichtet, die unter einer Decke spielten, da sie fürchteten, daß der böhmische Landtag, bei dem gegen Dreißthalb hundert Privilegirte sitzen sollten, auseinander gesprengt werden dürfte. Außer den bereits vielfach gemeldeten Szenen ist weiter nichts bemerkenswerth als einige Reden des Fürsten Windischgrätz und des Grafen Thun. So soll Ersterer gesagt haben: Ich wollte den Kaiser bereden, hierher zu kommen, aber da es so unruhig hier aussieht, so kann ich es nicht thun. Letzterer soll gesagt haben: Wenn auch Einige durch die Bajonette erstochen worden, so ist dies doch keine einfache Barrikaden zu bauen. Das habt Ihr von den dummen Wienern gelernt und nun ahmt Ihr es ihnen nach. Sie behaupten, daß jene Wiener Studenten, welche gefallen seien von Soldaten getödtet wurden, die besonders sehr auf die Wiener erbittert waren, von denen sie alles Uebel, vorzüglich dieses, daß jeder Waffen tragen darf, verursacht glauben. Es standen Deutsche und Czechen auf den Barrikaden, vereint mit Wiener Studenten in ihrer Uniform mit dem deutschen Bande. Die Mühlen und der Wasserturm sind abgebrannt. In erstern waren große Getreideworräthe aufgespelt. Prag dürfte demnach Mangel an Brot und Wasser leiden. Das chemische Laboratorium war so zerstört, daß der Professor der Chemie, als er hineintrat, zu weinen anfing. Leo Thun soll nach dem 18. Mai haben den Aufokraten spielen wollen, und erklärte, keine Befehle vom Ministerium anzunehmen,

weshalb man ihn zwang, sich einen Beirath zu geben, den er sich selbst wählte und mit dem man nicht zufrieden war, daher er auch die Sitzung des Nationalausschusses stets verschob. Der Train der von Prag mit der Deputation abging, wurde in Biechowitz untersucht, den Passagieren die Waffen abgenommen; und nachher wurde in die Waggon geschossen, so daß 5 Tode und noch viele Verwundete an den verschiedenen Stationsplätzen abgegeben werden mußten \*). Der Präsident erwiderte, die Herren hätten ein doppelt Anrecht gehört zu werden, als Deputirte und als Besiegte. Es sei ein Trost für den Unglücklichen, seine Leidensgeschichte erzählen zu können, und deshalb wolle er nicht widersprechen, wenn auch auf dem politischen Felde einander gegenüberstehend, wolle er ihnen doch als Ehrenmänner einander die Hände reichen. (Lauter Beifall.) Der Ausschuss votirt dem Präsidenten für diese geschickte Wendung seinen Dank.

In der kurzen Abendsitzung vom 19. Juni erschienen Deputationen von Maschinenarbeitern, welche dem Ausschusse Adressen überbrachten, die ihren Dank gegen den Ausschuss für sein Bestreben um das Wohl der arbeitenden Klassen und ihre Entrüstungen über die unruhigen oder drohenden Arbeiter ausdrücken. Sie sichern im Nothfalle dem Ausschusse ihren Beistand zu. Die von dem Zentralwahlkomité ausgesendeten Vertrauensmänner klagen gegen eine ihnen von einem Grundrichter und seiner Kortege angethane Beschimpfung und Verhinderung ihrer Thätigkeit. Dr. Violand erzählt von der Animosität, die in gewissen Kreisen gegen das Wahlkomité und dem Ausschusse herrsche. Ein Privatbrief aus Prag spricht von einer Bartholomäusnacht, die man gegen Deutsche und Jeden vorhatte und von Proskriptionslisten, die man bei Graf B u q u o i auf dem Leibe fand, ferner eine Suspension der Civilgewalten und Einführung einer Militärregierung.

Der Verein der Deutschen zur Erhaltung der Nationalität in Böhmen, Mähren und Schlesien bittet den Ausschuss, eine Bitte der Einwohner von Landskron, eines böhmisch-deutschen Städtchens in der Mitte von Gzechen, um Auslieferung von Waffen für ihre Nationalgarde zu unterstützen; wird zugesagt. Es ward auch Anzeige von Geistlichen gemacht, die in Böhmen das Volk aufwiegeln und fanatisiren. So soll in Budweis ein Geistlicher mit dem Schwerte an der Seite, einen Kreuzzug gegen die gottlosen Deutschen gepredigt haben. Der Ministerialerlaß bezüglich der Geistlichen sei zwar an die Kreisämter gelangt, aber diese veröffentlichen ihn nicht, weil sie es für nutzlos halten. Eine Kompagnie Nationalgarde von dem Bezirke Wieden will, daß man beim Ministerium Genugthuung für die Schmach verlange, die der Fürst W i n d i s c h g r ä z der Deputation des Ausschusses angethan. Sie fordert, daß er Abbitte thue, und wird diese Petition von allen Kompagnien der Nationalgarde unterschreiben lassen. W i l l n e r unterstützt den Antrag, weil die Behandlung der Deputirten eine unwürdige gewesen. Man habe sie 2 Tage lang wie Verbrecher eingesperrt. Man werde die Konstitution so lange zuschneiden, bis nichts als der Galgen übrig bleibe. T e l l k a m p f will erst den Bericht der Kommission über den Prager Ereignissen abwarten, der Minister habe die Vollmacht unterschrieben, man habe in Prag gesagt, er habe nichts zu befehlen, man solle daher erst abwarten, was er für seine Person thun wolle. Es wird beschlossen,

den ausführlichen zu veröffentlichenden Bericht der Deputation abzuwarten.

Vormittags-Sitzung vom 20. Juni. Zu Anfang der Sitzung wird eine Anklage des Generalkommando gegen den Wanderer vorgelesen. Ein Artikel dieses Blattes wird als das Offizierskorps beleidigend und das freundschaftliche Verhältniß zwischen Civil und Militär störend angegeben. Als aber der beanstandete Artikel vorgelesen wird, entnimmt man wohl darin eine derbe Sprache gegen die pomabirten vorgeschobenen jungen Offizierchen, Ausfälle gegen die Könige, welche das Militär mißbrauchen, aber keinen Angriff gegen das Heer als solches, im Gegentheile wird gegen die anomale alle staatsbürgerlichen Rechte desselben suspendirende Stellung der Soldaten geeifert. Donnernder Beifall folgte auf die schlagenden Stellen und als er zu Ende gelesen war, erklärte Dr. S e l l e r, wenn der Schreiber vor Gericht gestellt werden sollte, so müßten alle Anwesenden vor Gericht gestellt werden, er habe nur die Gefinnung von Allen ausgesprochen. Findet das Offizierskorps den Artikel beleidigend, so möge es selbst klagen. U m l a u f t fragt, ob alle Offiziere darin angegriffen, nein, bloß einige wenige, der Ausschuss sei aber kein Ankläger für Einzelne, er müßte gegen ein solches Verfahren protestiren. Nur zwei Mitglieder sprachen sich dafür aus, daß es dem Staatsanwalt übergeben werde, daß dadurch nur das Generalkommando auf den Weg hingewiesen würde, welchen es in dieser Sache einzuschlagen habe. E k a r t glaubt, die Kläger hätten keinen Begriff von Pressfreiheit, der Artikel sei keineswegs das freundliche Verhältniß zum Militär störend, dem Gemeinen sei er freundlich. Wenn das Offizierskorps sich blamiren will, so möge es selbst klagen gehen. Ein Mitglied glaubt, das Militär wolle dem Ausschusse damit gleichsam eine Ehre erzeugen, daß es um Verzeihung des einzuschlagenden Weges bitte. U m l a u f t erwidert, daß man jemanden, der hier wegen 10 fl., die ihm jemand schuldet, klagbar würde, mit Recht zurückweisen müßte, eben so könne man sich in diese Privatsache nicht mischen. Mit allen Stimmen gegen Eine wird beschlossen, dem Generalkommando zu erwiedern, daß die Sache nicht in das Ressort des Ausschusses gehöre. Eine Klage des Generalkommando, daß Soldaten zur Desertion verleitet werden, auf Gerichte und Sagen basirt, die absichtlich erfunden zu sein scheinen, um Alles was in Wien geschieht, zu verdächtigen, wird als nicht gehörig begründet zurückgewiesen. Es sind 3 Arbeiter eingezogen worden, unter denen ein gewisser S c h i m a n e k, mit dem Beinamen der Hauptmann der Arbeiter. Die Inspizienten der Arbeiter klagen, daß die Polizei die Verbrecher nach Kurzem wieder entläßt. Es wird daher der Beschluß gefaßt, daß die Polizei diesen Arbeiter nicht eher entlasse, so lange nicht die Akten dem Ausschusse vorgelegt sind; zugleich wird beschlossen, Arbeiter, welche von der Polizei als gravirt befunden, wenn sie fremde sind, wegzuschicken, wenn sie nach Wien zuständig sind, nicht mehr in Arbeit zu nehmen; bei dem Gemeindeausschusse aber darauf zu dringen, daß die vorgeschlagene Organisation der Polizei in Vollziehung gesetzt werde. Die nach Prag entsendete Deputation des Ausschusses erscheint, und stattet den Bericht über ihre Sendung ab. Der schimpfliche Empfang derselben von Seiten des Militärs und die Worte die Fürst W i n d i s c h g r ä z und Graf W a l l m o d e n an sie gerichtet, sind zur Genüge bekannt, als daß sie hier einer nochmaligen Ansührung bedürften. Es wird der Bericht nächstens ausführlich veröffentlicht werden. Die Deputirten bitten um Verwendung beim Kriegsminister, damit ihnen ihre Säbel, die ihnen in Böhmisches Brod abgenommen wur-

\*) Nach Aussage des Kondukteurs und der von Prag zurückkehrenden Deputationen soll aus den Waggon zuerst ein Schuß auf die Soldaten gefallen sein.

den, zurückerstattet werden. Ferner schlagen sie vor, das Ministerium anzugehen, in Prag einen Wechsel des Kommandos und der Garnison eintreten zu lassen, weil sonst der Friede dort unmöglich einkehren könne.

Schiel: Selbst nach dem Berichte der Deputation sei die Sachlage und der Charakter der Bewegung noch immer nicht klar. Willersdorf habe heute den ersten ausführlichen Rapport vom Grafen Thun erhalten, der aber noch immer keinen gehörigen Aufschluß über den Charakter der Bewegung gebe. Man müsse eine Kommission niederlegen, die mit der Vollmacht versehen werde, sich mit allen hierzu zu befragenden Organen in Verbindung zu setzen, und die deshalb auch sich mit der von Prag anwesenden Deputation und mit der Hofkommission in Einvernehmen setzen müsse. Man müsse aber vor Allem die Rechte der deutschen Nationalität wahren, eine solche Kommission würde das einzige Mittel sein, dem Ministerium den Mund zu öffnen. Der Präsident ermahnt, mit jedem Urtheil zurückzuhalten, er habe gestern der Deputation nicht widersprechen wollen, aus Achtung fürs Unglück, doch könnte er viel dagegen sagen, der Friede sei oft gebrochen, die Kapitulation nicht erfüllt worden, man habe in den Plakaten, die gedruckt zu uns gekommen, keine demokratische Forderung, wohl aber ein unabhängiges Generalkommando gefordert. Daher bittet er um Zurückhaltung eines jeden Urtheils und rath die Bewegung der anwesenden Czechen zu beobachten.

Willner: in Prag hatte sich ein bewaffneter Verein zur Einführung der Sprache gebildet, die Swornost. Die Regierung war schwach genug, sie nicht aufzulösen. Diese Swornost seien nicht bloß aus den mit der slavischen Mühe bekleideten, sondern auch aus vielen Andern bestanden, die das ganze Land aufregten. Er selbst habe vor wenigen Wochen in Prag ganze Depots von Dreschflegeln und Morgensternen gesehen. Das Militär sei ein willenloses Werkzeug. Die Minister seien Schuld, die nicht Energie genug gehabt, jenen ungeleglichen Verein aufzulösen. Warum sie den Bestrebungen in Galizien und nicht jenen in Böhmen entgegengetreten. Es müssen hier andere Friebsfedern im Spiele sein. Jägermaier erzählt, er habe im Schlosse zu Prag mit Erstaunen die hohe Achtung bemerkt, in der Graf Thun bei den Militärbehörden stehe, und darüber dem General Wallmoden seine Verwunderung äußert. Die Bürger waren in einer schrecklichen Lage, denn es sollen förmliche Proskriptionslisten verfertigt worden sein. Ohne Böhmen könne kein Parlament bestehen und dieses werde jetzt kaum den Reichstag beschicken. Schiel erklärt, Willersdorf habe erklärt, keineswegs dürfe der Landtag länger als auf einige Woche hinausgeschoben werden. Er habe mit Umgehung des böhmischen Landesguberniums den Kreisämtern den Befehl die Wahlen auszusprechen, gegeben. Andererseits wird berichtet, Graf Thun habe geschrieben, der Befehl zur Ausschreibung der Wahlen sei bereits ausgefertigt, aber nicht gedruckt. Der Präsident glaubt, man möge das Ministerium angehen, diesen Grafen Thun, der wahrscheinlich zum Verräther an beiden Parteien geworden, von seinem Posten zu entfernen. Seegen resumirt alle Punkte, aus denen hervorgehen kann, daß die Bewegung eine demokratische war. So der Haß der Soldaten gegen die Wiener, die Bemerkung des Fürsten Windischgrätz, hier habe ich die Revolution besetzt, wo er seine Person der Revolution dem Prinzipie unserer Freiheit entgegenstellt, der Umstand, daß Graf Thun von den Aufständischen gefangen genommen worden sei, daß Deutsche und Czechen vereint auf den Barrikaden gekämpft. Der Angabe, die Czechen hätten die Parlamentärs nicht geachtet, wird

der Erzählung des Dr. Patruban, eines Deutschen, entgegengehalten, daß die Soldaten ihn, als er zu parlamentiren kam und weiße Lächer aufsteckte, angeschossen. Der Präsident glaubt, Patruban, der an der Seite eines Kampellik gestanden, keinen Glauben schenken zu dürfen, und stellt abermals in Abrede, daß die Bewegung eine demokratische gewesen sei, denn die Forderung der Czechen wäre nicht eine konstitutionelle oder Abschaffung der Stände, sondern ein eigenes General-Kommando gewesen. Seegen will erwiedern, man will ihn aber nicht sprechen lassen; darüber entsteht ein heftiger Lärm. Als dieser sich legt, ergreift Seegen doch das Wort und sagt, er habe keineswegs ein Urtheil fällen, sondern nur jene Data ins Gedächtniß zurückrufen wollen, die eine andere Anschauung zulassen. Willner bittet, die Kommission möchte weder aus fanatischen Deutschen noch aus fanatischen Czechen, sondern aus gemäßigten unparteiischen Menschen bestehen. Schiel repliziert, es gebe keine fanatischen Deutschen, denn noch nie sei es einem Deutschen eingefallen, einem Czechen seine Nationalfahne abzureißen. Willner: aber doch könne ein Deutscher fanatisch genug sein, um nicht klar zu sehen. Der Präsident stellt die Anfrage, ob man das Ministerium um einen Wechsel der Garnison und des Kommandos angehen solle. Schiel glaubt, erst den Bericht der Kommission abzuwarten; denn fände die Kommission das Gegentheil, hätte man sich dann kompromittirt. Der Präsident glaubt, ein Garnisonswechsel sei jedenfalls nöthig, denn wenn die Erbitterung hier in Wien, wo kein Blut geflossen, so schwer zu besänftigen sei, so würde in Prag, wo ein solches Blutbad Statt fand, eine Ausöhnung zur Unmöglichkeit. Mehrere Mitglieder wollen, daß man sich Aufschluß darüber verschaffe, woher es komme, daß die Prager Garnison von einem so feindlichen Geiste gegen die Wiener befeelt sei. Willner glaubt, das Militär sei aller Orts den Wienern feind, weil es hier nicht feststeht. Ein Mitglied der Deputation versicherte, daß man keineswegs von einer Ruhe in Prag sprechen könne, da sich der schwierigste Theil der Podzgal noch nicht ergeben, und man stets einen neuen Ausbruch fürchte, wenn das Landvolf herbeikommen sollte. Es wird also der Beschluß beim Ministerium um einen Garnisons- und Kommandowechsel für Prag anzutragen, bis zur Entscheidung der Kommission suspendirt. Allgemeine Unterflügung fand die Meinung, daß die Deutschen noch immer gefährdet seien, so lange der zweideutige Graf Thun in Wirklichkeit sei. Goldschmid glaubt, das Ministerium habe neuerlich zu erklären gesucht, Graf Thun sei kein Hochverräther, jedenfalls aber sei er ein schlechter Beamter und verdiene suspendirt zu werden. Schiel zeigt, daß dieses nur Beweise, wie sehr die Dinge hinter's Licht liegen. Es wird auch der Antrag um Suspension des Grafen Thun anzufuchen angenommen. Ein Mitglied fragt, wie Graf Wallmoden sich unterfangen dürfe zu sagen, Willersdorf, der gilt hier nichts. Einige beziehen dieses dahin, weil die Stadt in Belagerungszustand sei, Andere, weil er glaube, daß das Ministerium schwach sei. Es wird hierauf zur Wahl der Kommission geschritten, da man auch Freund wählt, protestirt er dagegen, weil er als Ungar nicht unparteiisch sein könne, denn es gebe keine ürgern Feinde als Ungarn und Slaven. Zugleich wird auch die Wahl eines neuen Arbeiterkomitees vollzogen, es soll dieses um den Geschäftsgang zu vereinfachen, außer den vom Ausschusse gewählten Mitgliedern noch durch Mitglieder von allen einschlagenden Behörden verstärkt werden und dem Ministerium des Innern unterstehen.

Der Präsident schlägt vor, beim Ordinarate darauf anzu-

tragen, ob das Frohnleichnamsfest nicht diesmal in der Stadt und den Vorstädten zugleich gefeiert werden könnte, wodurch ein geringerer Zubrang von Menschen Statt finden würde, auch das Militär wünsche das, um nicht so gedrängt zu stehen. Auf die Bemerkung Jägermaier's, daß das Volk durch diese ungewöhnliche Maßregel aufgeregt werden könnte, wird der Antrag fallen gelassen. Baron Weizlar beklagt sich, daß er gestern einen Arbeiter, der von der Nationalgarde arreirt und gemißhandelt wurde, zu schützen suchte und dafür als verkappter Regierungsagent verhaftet worden sei. Der Deputirte jener Kompagnie, welche diese Arreirung vorgenommen, entschuldigt sie, daß jener Arbeiter sich zur Wehre gesetzt habe. Man geht zur Tagesordnung über. Rückfichtlich der zu empfehlenden Kandidaten zu Reichstagsdeputirten wird beschlossen, dieses durch ein Skrutinium des ganzen Ausschusses zu wählen.

Ich habe dem Ausschusse unterm 14. I. M. Z. 1026/368 eröffnet, daß ich aus Anlaß der mir in der Eingabe vom 8. I. M. Z. 186 gemachten Vorschläge über die Behandlung der in Wien sich beschäftigungslos herumtreibenden und der paslos

sich nach Wien einschleichenden fremden Arbeiter und mit Berücksichtigung der vom Ausschusse in dieser Beziehung gemachten Andeutungen, die erforderlichen Weisungen an den Wienermagistrate und Bürgerausschuß, so wie an die hiesige Polizei-Ober-Direktion erlassen habe.

In dem beiliegenden Berichte bringt nun die letztere jene Anstände zu meiner Kenntniß, welche der Eruirung und Entfernung der sich pass- und beschäftigungslos hier herumtreibenden fremden Individuen entgegenstehen.

Ich sehe mich daher veranlaßt, den Ausschuß der Bürger, Nationalgarden und Studenten einzuladen, die von der Polizei-Ober-Direktion gemachten Bemerkungen, über diesen wichtigen Gegenstand allenfalls im Wege einer Zusammentretung mit derselben einer neuerlichen, reiflichen Erwägung zu unterziehen, und mir die Vorschläge, wie der Sicherheitsbehörde die unerläßlichen Mittel, nur mit Kraft und Nachdruck gegen die für den Ruhestand bedenklichen, arbeitslos sich hier herumtreibenden fremden Individuen einschreiten zu können, einzuräumen, zu erstatten.

Wien, am 23. Juni 1848.

Billersdorf.